



Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger in Bayern
von Markus Ferber, MdEP
Ausgabe 09/ 2008
Tel 0821 - 349 2110 • Fax 0821 - 349 3021



Telekompaket abgestimmt

In erster Lesung wurden am Mittwoch im Parlament drei Berichte zur Telekommunikation abgestimmt. Die Frequenzvergabe soll europaweit besser koordiniert und flexibler gestaltet werden. Die EVP-ED-Fraktion hatte sich dafür stark gemacht, dass nicht eine neue EU-Agentur, sondern weiter die nationalen Regulierungsbehörden verantwortlich sind. Auch ein Zuwachs der Kommissionsbefugnisse bei der Vergabe konnte verhindert werden. Indes sollen mobile Breitbanddienste für alle Bürger zugänglich sein und schnelle Glasfasernetze auch im ländlichen Raum verfügbar werden. Ebenso sind ein erhöhter Datenschutz und klarere Vertragsinformationen Teil des Pakets.

Mehr Transparenz bei Hedgefonds und Private Equity

Mit großer Mehrheit wurde der Initiativbericht für mehr Transparenz von Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften (Private Equity) vom Parlament angenommen. "Gerade jetzt bedarf es langfristiger finanzpolitischer Stabilität", betont Markus Ferber, Haushaltsexperte im Parlament. Komplexe Anlageprodukte sollen durch höhere Transparenz für Kunden besser einschätzbar sein. Auch für eine bessere Überprüfung von Ratingagenturen müsse die

Kommission sorgen - sie ist nun aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Die EVP-ED-Fraktion hatte dabei durchsetzen können, dass die neuen Regelungen für alle Akteure der Finanzmärkte gelten sollen.

Rahmenbeschluss des Rats zum Datenschutz kritisiert

Im Konsultationsverfahren haben sich die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für zahlreiche Änderungen des Ratsbeschlusses ausgesprochen: Oberstes Ziel sei, dasselbe Datenschutzniveau bei der Verarbeitung personenbezogener Daten in den Mitgliedsstaaten zu erreichen. Nur unter strengen Auflagen soll der Datenaustausch bei der Terrorismusbekämpfung zwischen den Behörden erlaubt sein. Zusätzlich soll eine Gruppe auf europäischer Ebene kontrollieren, dass personenbezogene Daten nur an Drittländer weitergegeben werden, wenn diese ein ausreichendes Datenschutzniveau vorweisen könnten.

Prioritätensetzung des EU-Parlaments für 2009

In einer gemeinsamen Aussprache zum Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission betonte die EVP-ED-Fraktion vor der Vizepräsidentin der Kommission, Margot Wallström, die Wichtigkeit der Ratifizierung des

Lissabon-Vertrags. Dies müsse das oberste Ziel sein, um handlungsfähiger und flexibler zu agieren. Außerdem sei ein besseres Gespür für Subsidiarität erforderlich. Die Bildungs- und Klimapolitik sollten ebenso höchste Priorität haben.

Feierliche Sitzung

Bartholomäus I, Patriarch von Konstantinopel, warb im Parlament für mehr gegenseitiges Verständnis der Kulturen und Religionen. Er betonte, dass "das rigide, monopolistische Selbstverständnis" überwunden werde müsse. Der Dialog dürfe kein akademischer sein: "Alle Menschen sind miteinander verbunden und voneinander abhängig!"

Pluralismus in den Medien

Als einen groben Eingriff in das Subsidiaritätsprinzip kritisierte Markus Ferber den Initiativbericht zur mehr Pluralismus in den Medien in der EU. In diesem wird gefordert, das Internet sowie die Nachrichtenlandschaft stärker auf ihre Unabhängigkeit und Themenausgewogenheit hin zu kontrollieren. "Genau diese Kontrolle schränkt die Presse mehr ein, als dass sie Unabhängigkeit garantiert", befürchtet Ferber. Eine Empfehlung an die Mitgliedsstaaten sei ausreichend, das Subsidiaritätsprinzip müsse unbedingt gewahrt bleiben.